

BILDUNG IM ZEITALTER DER DIGITALISIERUNG

12. Oktober 2020



1. Einleitung

Die EVP-Fraktion betrachtet **Bildung** als eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft und als zentrales Instrument zur Entwicklung und Selbstverwirklichung jedes Einzelnen sowie zur Erschließung des individuellen Potenzials: Hochwertige Bildung fördert Kreativität und Innovation und begünstigt die Entfaltung zukunftsgerichteter Fähigkeiten. Sie wirkt sich positiv auf den sozialen Zusammenhalt als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und **Beschäftigung** aus. Gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger sind ein Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaften. Bildung stärkt unsere europäische Identität und trägt zur Wahrung **gemeinsamer Werte** bei. Sie ermöglicht es den Menschen, sich in der Welt zurechtzufinden. Aufgrund ihrer Bildung können Bürgerinnen und Bürger sich eine eigene Meinung bilden, abwägen, frei und kritisch denken und ihre Fähigkeiten und Kompetenzen ausschöpfen. Als Bürgerinnen und Bürger Europas werden wir durch Bildung befähigt, unsere gemeinsame Zukunft zu gestalten.

Die EVP-Fraktion steht für **Subsidiarität** im Bildungswesen. Lehrinhalte und die Gestaltung der Bildungssysteme unterliegen der Verantwortung der Mitgliedstaaten, und dies muss auch so bleiben. Neue Herausforderungen erfordern allerdings die Mobilisierung europäischer Instrumente und politischer Fördermaßnahmen im **Europäischen Bildungsraum**. Daher muss die EU ihre Prioritäten umsetzen, Ergebnisse überwachen (Europäisches Semester) und die Mitgliedstaaten unterstützen. Die EU sollte an ihrer bewährten Vorgehensweise der Überwachung von Fortschritten und des Austauschs bewährter Verfahren festhalten und Programme nutzen

und weiterentwickeln, die auch in Zukunft wesentliche Instrumente zur Verwirklichung der Ziele der EU bleiben müssen. Durch **Investitionen** auf nationaler und auf europäischer Ebene muss eine **inklusive Bildungsumgebung** geschaffen werden, in der jedes Kind sein Potential bestmöglich ausschöpfen und in die Gesellschaft integriert werden kann.

2. Herausforderungen

Die **digitale Transformation** unserer Gesellschaften, die rasche Entwicklung neuer Technologien und wissenschaftliche Fortschritte in den Bereichen künstliche Intelligenz (KI) und Robotik eröffnen zahllose Möglichkeiten in nahezu allen Lebensbereichen. Die digitale Transformation wirkt sich auch auf den Bildungsbereich aus, der vor dem tiefgreifendsten Wandel seit Einführung der Schulpflicht steht. Einigen Schätzungen zufolge werden 65 % der Kinder, die heute eingeschult werden, letztlich Berufe ausüben, die es heute noch gar nicht gibt. Das Potenzial digitaler Technologien zur Entwicklung hochwertiger Bildungsangebote für alle wurde noch nicht in vollem Umfang ausgeschöpft. Die **ethische Dimension der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz muss bei unseren Anstrengungen vorrangig berücksichtigt werden**. Daher sollte bei Programmen und Maßnahmen der EU im Bereich der künstlichen Intelligenz ein ethischer Ansatz, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt, sichergestellt werden. Digitale Technologien sollten als Werkzeuge zur Vermittlung hochwertiger allgemeiner und beruflicher Bildung betrachtet werden.

¹ Artikel 165 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

² <https://reports.weforum.org/future-of-jobs-2016/chapter-1-the-future-of-jobs-and-skills/>

Künftig wird ein erhöhter Bedarf an digitalen Kompetenzen (Programmieren, Logistik und Robotik) bestehen, der nicht nur den Unterricht im Bereich der Informationstechnologie, sondern auch die Lehrpläne insgesamt beeinflussen wird. Bei Algorithmen und IT-Werkzeugen für Bildungszwecke sollte verstärkt darauf geachtet werden, dass jegliche Form von Voreingenommenheit oder Diskriminierung vermieden wird.

Digitale Werkzeuge können Lernprozesse unterstützen, aber immer nur ergänzende Instrumente zur physischen Anwesenheit von Lehrkräften sowie zu deren Erfahrung und Urteil sein. Digitale Technologien können Lehrkräfte sicher nicht ersetzen, da die menschliche Interaktion und die Kompetenzen von Lehrkräften wesentlich für die Erziehung von Lernenden zu kritischem Denken und zu analytischem und evidenzbasiertem Abwägen sind. Diese Kompetenzen sind von herausragender Bedeutung für eine hochwertige Bildung. Außerdem sind physisch anwesende Studierende sowie Schülerinnen und Schüler gezwungen, miteinander zu interagieren und zu kooperieren. Auch dadurch werden Lernprozesse erheblich gefördert.

Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten müssen künftige **Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt** sorgfältig beobachten. Die Auswirkungen neuer Technologien sowie von Robotik und **KI** auf die Beschäftigung müssen umfassend untersucht werden. Schätzungen zufolge besteht ein hohes Risiko, dass Millionen von Arbeitsplätzen in der EU verloren gehen. Gleichzeitig wird sich der Schwerpunkt auf dem Arbeitsmarkt immer mehr hin zu **MINT**-Berufen (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) verschieben. Wir müssen beobachten, wie sich die individuelle Anpassung und Orientierung in den nächsten Jahrzehnten in einer sich ständig wandelnden Welt gestalten wird. In der allgemeinen und beruflichen Bildung müssen praktische Lösungen für Angebote zur beruflichen Orientierung und zur Vermeidung von Schul- und Studienabbrüchen sowie Online-Bildungsangebote und Wiedereingliederungsmaßnahmen für Erwachsene entwickelt werden. **Erwachsenenbildung** kann sich nicht auf die bloße Vermittlung neuer Kompetenzen zur Anpassung an Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt beschränken. Sie fördert auch soziale Beziehungen und verhindert Vereinsamung. Digitale Technologien können auch Erwachsenen und älteren Menschen neue Ansätze und Chancen im Bildungsbereich eröffnen. Sie können allerdings nur ergänzend hinzukommen und die physische Anwesenheit nicht ersetzen.

Um die Anforderungen des Arbeitsmarkts

angemessen zu berücksichtigen, sollte verstärkte Aufmerksamkeit auch auf die **berufliche Aus- und Weiterbildung** und auf duale Bildungsangebote gelegt werden. Hochqualifizierten Fachleuten müssen digitale Kompetenzen sowie die Fähigkeit zu innovativem und unternehmerischem Denken vermittelt werden.

Die EVP-Fraktion erkennt die Bedeutung des **lebenslangen Lernens** an. Zukunftsorientierte allgemeine und berufliche Bildung wird der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten helfen, durch die praktische Nutzung von Robotik und KI Arbeitsplatzverluste zu verhindern und berufliche Veränderungen zu unterstützen.

Andere Herausforderungen machen weitere Anpassungen von Bildungsinhalten und -systemen erforderlich. **Sicherheit** und Migration, **Umweltaspekte** (Klimawandel), **Radikalisierungstendenzen**, das Aufkommen extremer politischer Bewegungen und **Desinformationskampagnen** zählen zu den wichtigsten Phänomenen, denen Bildung als eines der Schlüsselemente langfristiger Lösungen begegnen muss. Eine besondere Funktion in diesem Zusammenhang kommt dem Unterricht in sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern zu. Dieser Unterricht sollte evidenz- und datenbasiert erfolgen und durch wissenschaftliche Unabhängigkeit gekennzeichnet sein. Die EU sollte den Mitgliedstaaten helfen, Angebote zur Umwelterziehung sowie zur Förderung von Medienkompetenz und Finanzwissen zu entwickeln, damit alle Bürger zu informierten Entscheidungen befähigt werden.

Demographische Probleme zählen zu den zentralen Aufgaben, denen sich die Europäische Union in den kommenden Jahrzehnten stellen muss. Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielen die nationalen Bildungssysteme. Die Europäische Union sollte die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, eine familienorientierte Bildungspolitik voranzutreiben, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

3. Lehren aus der COVID-19-Krise

Die anhaltende Gesundheitskrise hat den Bildungssektor in seinen Grundfesten erschüttert und Lehrkräfte, Schüler und Studenten ebenso wie Eltern und Leiter von Einrichtungen auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung vor vielfältige Herausforderungen gestellt. Mehr

als je zuvor erfordert diese Situation ein rasches und entschlossenes Handeln der EU. Die Europäische Kommission hat den aktualisierten Aktionsplan für digitale Bildung veröffentlicht. Wir müssen Lehren aus der Krise ziehen und den aktualisierten Aktionsplan umsetzen. Außerdem müssen wir Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, dass die EU in der Lage ist, rasch auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Während des Corona-Lockdowns, bei dem Millionen von Kindern, Schülern und Studierenden zu Hause bleiben mussten, traten **die Defizite und die unzureichende Umsetzung** der digitalen Bildung in vollem Umfang zutage. Familien mit Kindern, die schulpflichtig sind bzw. Schulen besuchen, sahen sich mit der neuen Realität des Homeschooling konfrontiert. Diese Entwicklung hatte erhebliche Auswirkungen auf die Bildungssysteme sowie auf Schüler, Familien, Lehrkräfte und Schulen. Wir erkennen an, mit welcher außerordentlichen Anstrengungen Familien in der gesamten EU versucht haben, schulische Lehrpläne umzusetzen und ihre Kinder beim Lernen zu Hause zu unterstützen. Schulen und Lehrkräfte mussten sich – vielfach ohne angemessene Vorbereitung – auf Fernunterricht umstellen, per E-Mail und Video-Chat kommunizieren und mit anderen Hilfsmitteln Kontakt zu den Kindern halten, um während der Ausgangsbeschränkungen geeignete Unterrichtsformen zur Verfügung stellen zu können. Eine erhebliche Herausforderung war dies auch für Kinder mit Behinderungen, die bei der Interaktion über digitale Medien stärker benachteiligt sind. Regierungen, Fernsehanstalten, die Sozialpartner, Bildungsanbieter, nichtstaatliche Organisationen und Einzelpersonen gelang es in unglaublich kurzer Zeit, virtuelle Unterrichtsräume und Kollaborationsplattformen einzurichten. Der Corona-Lockdown beschleunigte somit die Schaffung von Einrichtungen für den Fernunterricht und eine spontane Digitalisierung der Bildung. Dabei wurden allerdings viele Probleme deutlich. Eine improvisierte Digitalisierung sollte im Fernunterricht nur als vorübergehende Maßnahme betrachtet werden. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, müssen wir aus unseren Erfahrungen lernen und eine solide Methode und geeignete Rahmenbedingungen für systematischen Fernunterricht entwickeln. Gleichzeitig muss damit begonnen werden, die Lehrkräfte darauf vorzubereiten und Maßnahmen zu konzipieren, die gewährleisten, dass alle Kinder – auch Kinder mit Behinderungen – Zugang zu digitaler Bildung erhalten. Der Corona-Lockdown hat die Defizite bei der Digitalisierung der Bildung und beim Zugang zu digitalen

Technologien und Ressourcen für Schulen und Familien verstärkt vor Augen geführt. Während des Lockdowns wurden die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sowie innerhalb der Mitgliedstaaten deutlich. Außerdem zeigte sich, welche Länder bereits in digitale Lehrmaterialien sowie in die **Ausbildung von Lehrkräften und in die Vermittlung digitaler Kompetenzen** investiert hatten. Darüber hinaus haben die Erfahrungen der Corona-Krise auch das Problem sozialer Ungleichheit wieder zu Bewusstsein gebracht und gezeigt, dass Kinder aus benachteiligten Verhältnissen oder aus sozial ausgegrenzten Gemeinschaften (z. B. marginalisierte Roma-Gemeinschaften in ländlichen, abgelegenen und stark urbanisierten Gebieten) während der Krise entweder nur eingeschränkten oder gar keinen Zugang zu Online-Unterricht hatten. Daher müssen wir sicherstellen, dass die gesamte EU flächendeckend an das Internet angebunden ist. Dies gilt insbesondere für abgelegene Gebiete und für den ländlichen Raum.

Wir müssen Schulen (Lehrkräften und Schülern) nicht nur technische Unterstützung bieten und für die erforderliche Internetanbindung sorgen, sondern auch die nötige Unterstützung in Form von sicheren und zuverlässigen Programmen sowie für E-Learning-Materialien und Plattformen zum Austausch bewährter Verfahren leisten, damit auch künftig Fernunterricht stattfinden kann. Sobald die Pandemie hinter uns liegt, müssen wir Lehren aus dieser Erfahrung ziehen, den Schulunterricht in der gesamten EU an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen und die Werkzeuge, die wir für den Fernunterricht entwickelt haben, auch im regulären Unterricht nutzen. Hochwertige und inklusive Bildung für alle Kinder in Europa ist ein wichtiges Ziel der EVP-Fraktion. Dabei ist digitale Kompetenz ein wesentlicher Faktor. In diesem Zusammenhang muss auch gleicher Zugang zu digitaler Bildung sichergestellt werden, d. h. alle Kinder sollten Wissen sowie Fähigkeiten und Kompetenzen im Bereich der Digitaltechnik erwerben können, die für ihr künftiges Wohlergehen und ihre Selbstverwirklichung von entscheidender Bedeutung sein werden. **Kein Kind darf zurückgelassen werden.** Jedes Kind muss die Chance auf persönliche Entwicklung und auf hochwertige Bildung haben, um seine Ziele im Leben und im Beruf verwirklichen zu können. Es ist nicht hinnehmbar, dass manche Kinder an digitaler Bildung einfach deshalb nicht im selben Umfang wie andere teilhaben können, weil sich ihre Eltern die dazu erforderlichen Geräte nicht leisten können. Soziale Ausgrenzung trägt zu digitaler Ausgrenzung

bei. Um dies zu verhindern, ist zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass viele sozial benachteiligte Kinder sowie Kinder mit Behinderungen nicht in gleichem Maße zu Hause lernen können wie andere Kinder. Digitale Bildung sollte sich nicht darauf beschränken, Zugang zum Internet und zu Digitalgeräten sicherzustellen. Für solche Kinder sollten zusätzliche aktive und unterstützende Maßnahmen und zugängliche Betreuungsangebote eingeführt werden, um dem Teufelskreis der permanenten Benachteiligung zu entkommen. Die betroffenen Kinder und ihre Eltern müssen stärker in diesen Prozess einbezogen werden, auch im Hinblick auf die digitale Sicherheit, insbesondere dann, wenn die Eltern sich mit dem Internet kaum oder gar nicht auskennen. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch auf Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen verwendet werden, die Lernschwierigkeiten oder eine Behinderung haben, die ihnen im Vergleich zu den meisten anderen gleichaltrigen Kindern das Lernen erschwert. Dieser Grundsatz der Inklusion sollte immer berücksichtigt werden, besonders in Krisensituation wie der COVID-19-Pandemie.

Lehrkräfte sind entscheidend für den Erfolg jeglicher Bildungsreformen. Sie müssen bei der Entwicklung ihrer digitalen Fähigkeiten und Kompetenzen unterstützt und gefördert werden. Dazu kann das Programm „Digitales Europa“ beitragen. In diesem Zusammenhang sollten uns Erfolgsmodelle in einigen Ländern als Anregung dienen. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten sollte die Europäische Kommission Bildungsangebote finanziell unterstützen, mit denen Lehrkräfte für den Unterricht über die neuen Plattformen qualifiziert werden. Die nächste Generation von Lehrkräften muss über digitale Fähigkeiten und Kompetenzen verfügen, um Kinder unter Ausschöpfung des Potenzials digitaler Unterrichtsmethoden auf die Zukunft vorbereiten zu können. Im Hinblick auf die Bildung künftiger Generationen sollte sich das Augenmerk zunächst auf die Lehrkräfte richten.

Kinder, die schon sehr früh Zugang zu digitaler Bildung erhalten und mit Technologie vertraut gemacht werden, verbessern ihre Kompetenzen und lernen mehr über die sichere Nutzung des Internets. Kinder müssen lernen, wie sie nicht altersgemäße Inhalte meiden und gegebenenfalls angemessen reagieren können. Eltern, Erziehern und Lehrkräften kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion zu. Wichtig ist auch, dass alle Entwicklungen im Bereich der digitalen Bildung eng mit einem robusten Rahmen für den **Schutz personenb-**

ezogener Daten verzahnt müssen. Wir sind uns bewusst, dass der Schutz personenbezogener Daten in Schulen von besonderer Bedeutung ist. Empfindliche und vertrauliche Daten müssen in besonderer Weise geschützt werden. Die Mitgliedstaaten und die Schulen sollten garantieren, dass jeder – Kinder wie Eltern – versteht, warum und wie solche Daten gesammelt werden und welche Risiken aus der Verwendung dieser Daten erwachsen können. Daher müssen Schulen nicht nur im technischen Bereich unterstützt und mit Hochgeschwindigkeit-Internet-Anschlüssen ausgestattet werden, sondern auch sichere und zuverlässige Software, hochwertige E-Learning-Materialien und Plattformen zum Austausch bewährter Verfahren erhalten.

4. Europäische Instrumente

Die Europäische Union verfügt über einige Instrumente zur Förderung der Entwicklung formaler und nicht formaler Bildung für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Erfolge werden jedoch nur dann erzielt, wenn im Zusammenwirken der verschiedenen Instrumente Synergieeffekte zum Tragen kommen. Die **europäischen Struktur- und Investitionsfonds** (ESI Fonds) und andere Instrumente können als Ressourcen für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur genutzt und zur Förderung von Weiterbildungen und Neuqualifizierungen eingesetzt werden (ESF).

Das Programm „**Horizont Europa**“ trägt wesentlich zur Verbesserung der Forschungskapazitäten von Universitäten und damit zur Entwicklung einer hochwertigen Tertiärbildung bei. Horizont Europa muss die Verbreitung von Spitzenleistungen, aber auch eine stärkere Partizipation fördern und dadurch den gesamten Europäischen Forschungsraum stärken. Dies kann insbesondere dadurch erreicht werden, dass Synergien zwischen Horizont Europa und den ESI-Fonds unterstützt werden.

Die **Fazilität „Connecting Europe“** kann zur Finanzierung der für das Online-Lernen erforderlichen **Ausstattung der Schulen in der EU mit Digitalgeräten** (Laptops und Tablets) genutzt werden und dazu beitragen, eine gute Internetanbindung von Schulen besonders in vernachlässigten, abgelegenen oder ländlichen Gebieten zu fördern. Digi-

³ In Dänemark und in Frankreich ist der Einsatz der Informationstechnologie im Bildungsbereich obligatorischer Bestandteil der Ausbildung von Lehrkräften. Zudem können Länder wie Dänemark, Estland und Finnland heute auf ihren bisherigen Erfolgen im Bereich der digitalen Bildung aufbauen.

talgeräte sind für Schulen und Lehrkräfte eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass Lernende in Schulen und Hochschulen digital unterrichtet werden können. Die Europäische Union sollte über den Kohäsionsfonds finanzielle Unterstützung für den Aufbau von Online-Bibliotheken mit gefilmten Unterrichtseinheiten und sonstigen Materialien gewähren, die zur weiteren Verbesserung von Fernunterricht und digitalem Unterricht eingesetzt werden können.

Darüber hinaus schlägt die EVP-Fraktion vor, speziell zur Förderung von Konvergenz und Zusammenhalt eingerichtete Aufbaufonds zu mobilisieren, um unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Schulen sowie der Schülerinnen und Schüler die digitale Infrastruktur von Schulen zu verbessern. Damit würde die EU die Mitgliedstaaten und Regionen wirksam und wahrnehmbar bedarfsgerecht unterstützen. Die Bereitstellung moderner Geräte für Lehrkräfte würde deren administrative Belastung reduzieren und Kapazitäten für die Beschäftigung mit den Schülerinnen und Schülern schaffen.

Erasmus+ ist eines der beliebtesten Programme der EU. Es stärkt den Sinn für europäische Identität, verbessert die Beschäftigungsfähigkeit und fördert die persönliche und berufliche Entwicklung jüngerer und älterer Europäerinnen und Europäer. Junge Menschen, die in einem vereinten Europa aufgewachsen sind, sollten sich ganz besonders für Europa begeistern. Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms Erasmus+ sind sich darin einig, dass diese Erfahrung ihre Offenheit gefördert und ihr Vertrauen in die neu erworbenen Fähigkeiten gestärkt hat.

Die EVP-Fraktion steht hinter dem Programm Erasmus+ als etabliertes Vorzeigeprogramm und wichtiges Instrument der EU zur Einwirkung auf die Bildungspolitik und zur Investition in künftige Generationen. Die Digitalisierung muss im Zentrum dieser Politik stehen, insbesondere in einer Zeit, die u. a. aufgrund erforderlicher Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Epidemie durch eine reduzierte Mobilität geprägt ist. Die EVP-Fraktion befürwortet die Weiterentwicklung eines Konzepts des **integrierten Lernens**, bei dem physische Mobilität durch virtuelle Meetings und Online-Lernen ergänzt wird. Sie bekräftigt ihre Forderung, die **Mittel für Erasmus+** aufzustocken, um die Zielgruppe der Begünstigten und der Teilnehmenden insbesondere auf Personen aus benachteiligten Verhältnissen auszuweiten. Die EVP-Fraktion möchte, dass Erasmus+ so wirksam und inklusiv wie möglich gestaltet wird. Vor dem Hintergrund komplizierter

Haushaltentscheidungen betrachtet die EVP-Fraktion die zentralen Aktivitäten des Programms Erasmus+ als vorrangig.

Das **Europäische Solidaritätskorps (ESK)** ist als erfolgreiches neues Programm an die Stelle des Europäischen Freiwilligendienstes getreten. Die EVP-Fraktion erkennt den Wert der Freiwilligenarbeit und ihre Bedeutung für die Gesellschaft und für die persönliche Entwicklung an. **Freiwilligenarbeit** trägt wesentlich zu nicht formalem Lernen bei und sollte auch so gewürdigt werden. Die EVP-Fraktion begrüßt die Freiwilligenarbeit im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps als äußerst wertvolles Engagement. Bei schwierigen Haushaltsentscheidungen sollte das Europäische Solidaritätskorps vorrangig berücksichtigt werden.

Nach dem Muster des Referenzrahmens für digitale Kompetenz sollte die EU einen **gemeinsamen Rahmen für Unterricht und Lernen über die EU** im Sekundarbereich (Stufen I und II) entwickeln. Der kürzlich auf Initiative der EVP-Fraktion eingeführte Jan-Amos-Comenius-Preis für hervorragenden Unterricht über die Europäische Union ist ein Pilotprojekt, das die oben erläuterten Ziele unterstützt. In den Verhandlungen über den nächsten Siebenjahreszeitraum des Programms Erasmus+ ist die EVP-Fraktion bestrebt, die Jean-Monnet-Aktionen vom Bereich der Hochschulbildung auf alle Bereiche der allgemeinen und beruflichen Bildung auszuweiten.

Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten müssen verstärkte Anstrengungen unternehmen, um ihren Prioritäten im Bildungsbereich gerecht zu werden. Mit dem neuen **Aktionsplan für digitale Bildung** arbeitet die Europäische Kommission daran, Systeme und Strukturen im Bereich der digitalen Bildung in Europa zu verbessern. Im Rahmen des künftigen Europäischen Bildungsraums soll der neue Aktionsplan den Umfang der Aktionen ausweiten, um bestimmte Ziele zu verwirklichen und anhaltenden Defiziten zu begegnen, beispielsweise im Bereich der digitalen Kompetenzen sowie bei der Förderung von hochwertigem Unterricht in den Fächern Computertechnik und Informationstechnologie, der Unterstützung einer besseren Internetversorgung von Schulen, der Bereitstellung von Inhalten und Werkzeugen zum Online-Lernen und der Förderung der digitalen Kompetenz von Schulen und Hochschuleinrichtungen. Der neue Aktionsplan für digitale Bildung behandelt Strukturen zum formalen Lernen, berücksichtigt aber auch die nicht formale Bildung. Gerade in der digitalen Bildung ist der Aspekt der Weiterbildung im Rahmen

des lebenslangen Lernens so wichtig.

Der Prozess der digitalen Bildung sollte durch eine weitere Verbesserung bestehender Plattformen für den Online-Unterricht beschleunigt werden. Dabei sollte der Online-Unterricht im Vordergrund stehen, und die Lehrkräfte sollten mit bewährten Verfahren vertraut gemacht werden. Im Kontext formaler Bildungssysteme müssen diese Plattformen ein nützliches Instrument für Lehrkräfte werden und Lehrkräfte und Lernende stärker an digitale Bildung heranführen, damit sie den immer neuen Erfordernissen des Arbeitsmarkts, der sozialen Marktwirtschaft und des lebenslangen Lernens sowie den Anforderungen künftiger Generationen gewachsen sind.

Die EVP-Fraktion unterstützt die **Elektronische Plattform für Erwachsenenbildung in Europa (EPALE = Electronic Platform for Adult Learning in Europe)**, eine über das Programm Erasmus+ finanzierte mehrsprachige offene Gemeinschaft von Fachleuten (u. a. Lehrkräfte und Ausbilder sowie Führungs- und Beratungskräfte) im Bereich der Erwachsenenbildung. Die Plattform soll die Vernetzung innerhalb der Gemeinschaft der Fachkräfte für Erwachsenenbildung fördern. Sie soll Fachkräften im Bereich der Erwachsenenbildung helfen, Wissen und Erfahrung auszutauschen. Programme wie EPALE sollten jedoch bekannter gemacht werden, damit sie ihre Zielgruppe besser erreichen, die häufig nur über begrenztes digitales Wissen verfügt und digitale Werkzeuge nur in eingeschränktem Umfang nutzt.

5. Zusammenfassung – Vorschläge der EVP-Fraktion

1. **Bildung sollte als Investition in unsere Zukunft weiterhin gefördert werden. In der allgemeinen und beruflichen Bildung sollten hochwertige Angebote mit gleichen Zugangsmöglichkeiten als Voraussetzung für soziale Eingliederung, hohe Beschäftigungsquoten und wirtschaftliches Wachstum geschaffen werden.**
2. **In der Bildung sollte das Subsidiaritätsprinzip gewahrt werden. Gleichzeitig sollte die EU die Mitgliedstaaten allerdings bei der Stärkung ihrer Bildungssysteme durch neue Instrumente unterstützen.**
3. **Das Aufbaupaket sollte genutzt werden, um in die digitale Ausrüstung von Schu-**

len sowie von Schülerinnen und Schülern in der EU zu investieren, insbesondere in vernachlässigten Gebieten. Kein Kind sollte zurückgelassen werden!

4. **Das Programm Erasmus+ und der Etat des Programms sollten unterstützt werden, um eine wirksamere und stärker inklusive Gestaltung zu ermöglichen. Damit werden allen Lernenden und allen Lehrkräften Chancen eröffnet!**
5. **Freiwilligenarbeit sollte als Schlüsselaktivität des Europäischen Sozialkorps gefördert werden.**
6. **Die Europäische Kommission sollte aufgefordert werden, den Aktionsplan für digitale Bildung in der EU und in den Mitgliedstaaten als systemisches Werkzeug der allgemeinen und beruflichen Bildung zu konzipieren.**
7. **In der gesamten EU sollte die Entwicklung gemeinsamer Standards für die digitale Bildung gefördert werden.**
8. **Die Entwicklung von EPALE sowie des School Education Gateway sollte unterstützt werden.**
9. **Duale Bildung, lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung sollten gefördert werden, um eine bessere Anpassung an die Entwicklung des Arbeitsmarkts zu ermöglichen und Vereinsamung entgegenzuwirken.**
10. **Für das Lernen über die EU im Sekundärbereich sollte ein Referenzrahmen auf EU-Ebene geschaffen werden.**
11. **Aus der COVID-19-Krise sollten Lehren gezogen werden, indem die bewährten Verfahren einiger Länder beim Einsatz digitaler Werkzeuge im Bildungsbereich übernommen werden.**

⁴ Ein Beispiel ist das School Education Gateway, eine Online-Plattform für Lehrkräfte, Schulleiter, Forscher, Fachkräfte für die Ausbildung von Lehrkräften, politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und andere Fachleute im Bereich der schulischen Bildung (<https://www.schooleducationgateway.eu/de/pub/index.htm>).